

eine wissenschaftliche Arbeitsweise, strikte Beachtung der Gesetze und hohe Staatsdisziplin sollten heute überall zum Berufsethos eines Funktionärs unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates gehören."<sup>34</sup> Die Partei sorgt durch ihre Grundorganisationen in den staatlichen Organen, ihre Kontrolle der staatlichen Arbeit sowie durch die ständige Qualifizierung der Mitarbeiter dafür, daß dieses politische Verständnis staatlicher Tätigkeit fortwährend gefestigt und entwickelt wird.

Die Beziehungen zwischen Partei und Staat sind für das Verständnis des Wesens der sozialistischen Staatsmacht und ihres Platzes im politischen System des Sozialismus außerordentlich bedeutsam. Ihre Erkenntnis mit den daraus folgenden Konsequenzen bewahrt davor, den sozialistischen Staat in verengter Sicht als einen gegenüber den tragenden und bewegenden politischen und sozialen Kräften der Gesellschaft verselbständigten bürokratisch-administrativen Verwaltungsapparat mißzuverstehen. Die Erkenntnis dieser Zusammenhänge hilft, Erscheinungen von Formalismus und einer vom politisch-sozialen Inhalt der staatlichen Arbeit abstrahierenden verwaltungstechnischen Routine entgegenzuwirken.

Die theoretische wie praktisch-politische Bedeutung dieser Frage ist für die antikommunistische Propaganda immer wieder Anlaß zu besonders groben Ausfällen, zu Entstellungen und Verleumdungen des sozialistischen Staates. Die Führungsrolle der Partei muß immer wieder dafür herhalten, den sozialistischen Staat als „undemokratisch“, als „totalitäres Regime“, als „bürokratischen Vollzugsapparat einer herrschenden Partei-Elite“ oder auf andere Weise zu diskreditieren. Heinz Rausch, Politologe und Autor eines Beitrages in einem umfangreichen Buch, das vorgibt, einen „Systemvergleich“ zwischen DDR und BRD vorzunehmen, kommt dabei zu den seltsamsten und nachgerade widersinnigen Behauptungen. Nachdem er zunächst die politischen Parteien in der Bundesrepublik als beschauliche Vereine, als „ein offenes Haus“ glorifiziert, „zu dem jeder Zutritt hat“, beschreibt er dann im Gegensatz dazu die SED als furchteinflößende „Kaderpartei“, die nur „einen beschränkten Zugang nach einer Kandidatenzeit zuläßt, um so Auswahl, Ausbildung, Erziehung und Einsatz von Personen zu sichern, die in linientreuer Abhängigkeit von der herrschenden Führung dazu beitragen, das sozialistische System in der jeweils festgelegten Interpretation weiterzuentwickeln“<sup>35</sup>. Die gegenwärtig in der BRD regierende Koalition jener „offenen Häuser“, von denen Rausch spricht, die CDU

34 XL Parteitag der SED. Bericht ..., a. a.O., S.75.

35 H. Rausch, „Herrschaftsstrukturen“, in: Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik. Die beiden deutschen Staaten im Vergleich, Berlin (West) 1982, S. 320. Rausch ist mit seiner sonderbaren „Wissenschaft“ über die DDR und die SED bei weitem kein Einzelfall. Nach dem gleichen Strickmuster trägt z.B. auch Siegfried Mampel Anwürfe zur „Suprematie“ der SED vor (vgl. S. Mampel, Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Frankfurt [Main] 1982, S. 106 f., 110).